

GASTGEWERBE

MAGAZIN

DAS WIRTSCHAFTSMAGAZIN FÜR GASTRONOMIE UND HOTELLERIE

GRILLEN & BARBECUE

Gut vorbereitet in die Grill-Saison

WAHLJAHR 2017

Höchste Zeit für Wochenarbeitszeit

**Wahlcheck zur NRW-Wahl:
Das müssen Sie wissen**



EIN KREUZ FÜR DIE ZUKUNFT

Am 14. Mai werden in Nordrhein-Westfalen die Weichen für die Zukunft gestellt: Wir in NRW wählen einen neuen Landtag und müssen für unsere Branche die richtigen Signale setzen. Doch nicht nur das: Die Wahl in Deutschlands bevölkerungsreichstem Bundesland gilt für viele auch als Signal für die Bundestagswahl im September.

Für uns stellt sich die Frage: Wollen wir weiterhin eine Politik der Gängelung und Überwachung, wollen wir noch mehr Bürokratie und Vorschriften? Wollen wir uns weiterhin von der Politik vorschreiben lassen, wie wir unsere Betriebe zu führen haben? Ich denke, nicht. Deshalb kommt es auch darauf an, am 14. Mai das Kreuz an der richtigen Stelle zu machen.

Wir als Verband haben im Vorfeld der Wahl unsere Hausaufgaben gemacht und klar gesagt, was wir anders haben wollen: Weg mit der Hygieneampel, Wochen- statt Tagesarbeitszeit, weniger Bürokratie, mehr unternehmerische Freiheit.

Acht konkrete Fragen haben wir den zur Wahl stehenden Kandidaten gestellt – und schon rund 220 Antworten bekommen. Daraus zeigt sich ein klares Bild, und ich kann Ihnen nur empfehlen, sich mit unserem Wahlcheck zu beschäftigen – sei es in unserem Wahl-Spezial in dieser Ausgabe von Gastgewerbe-Magazin oder im Internet (www.dehoga-nrw.de/branchenthemen/nrw-wahl-2017/). Mit ganz wenigen Klicks können Sie dort erkennen, welche Partei zu welchem Thema welche Meinung hat. Sie



Foto: Andreas Türk

können auch sehen, wie die Kandidaten aus Ihrer Region zu den Fragen des Gastgewerbes Position bezogen haben.

Und: Stellen Sie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Ergebnisse des Wahlchecks zur Verfügung. Ich finde, es ist durchaus legitim, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darüber zu informieren, welche Partei das Gastgewerbe – und damit die Branche, in der sie tätig sind – wie unterstützt. Schließlich hängen die Arbeitsplätze ja hochgradig vom Erfolg des jeweiligen Betriebes ab. Motivieren Sie Ihre Mitarbeiter, sich mit den Themen der Branche zu beschäftigen, motivieren Sie sie auch, überhaupt zur Wahl zu gehen.

Ganz wichtig: Machen Sie am 14. Mai von Ihrem demokratischen Wahlrecht Gebrauch. Und stimmen Sie im Sinne unserer Branche ab.

Bernd Niemeier
Präsident DEHOGA NRW

IHRE GASTRONOMEN UND HOTELIERS IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Wählen Sie!

Wir brauchen
Ihre Stimme!

NRW-Wahl 2017



WAHLCHECK 2017: SO STEHEN DIE NRW- PARTEIEN ZUR BRANCHE

2017 ist für das Gastgewerbe in NRW ein wichtiges Jahr. Mit den Wahlen zum Landtag am 14. Mai sowie zum Bundestag am 24. September werden wichtige Weichen für die Zukunft der Branche gestellt. Deshalb wollte der DEHOGA NRW im Vorfeld der Landtagswahl wissen: Wie stehen die Parteien und Kandidaten zur Branche allgemein und zu den wichtigsten Themen im Besonderen? Rund 220 Kandidaten von SPD, CDU, FDP, Grünen und Linken haben den Fragenkatalog des DEHOGA beantwortet.

Alle Ergebnisse hat der DEHOGA NRW auf seiner Homepage (www.dehoga-nrw.de/wahlcheck/ergebnis) übersichtlich zusammengestellt und grafisch aufbereitet. Dabei kann nicht nur nach den Parteien, sondern auch nach Regionen gefiltert werden. Außerdem sind die Antworten jedes einzelnen Kandidaten sowie die Anmerkungen nachzulesen. „Wir wollen den Unternehmerinnen und Unternehmern der Branche, aber auch den Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern damit einen Überblick geben, wer wie zu unserer Branche und den Themen steht, die uns wirklich beschäftigen“, sagt Präsident Bernd Niemer.

Die wichtigsten Ergebnisse und Kommentare der Abgeordneten und Kandidaten werden auf den folgenden Seiten dokumentiert, sodass sich jeder seine eigene Meinung bilden kann. Wer noch mehr wissen will: www.dehoga-nrw.de/wahlcheck/ergebnis

Das Gesamtergebnis (Durchschnitt aller Parteien über alle Fragen)

Partei	Ja	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Nein	Teilnehmer
SPD	Ja	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Nein	29
CDU	Ja	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Nein	68
Grüne	Ja	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Nein	21
FDP	Ja	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Nein	82
Linke	Ja	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Nein	22

Bei den Antworten, die bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe eingegangen sind, zeigt sich ein relativ klares Bild: Die Aussagen des DEHOGA NRW zu den relevanten Branchenthemen finden vor allem bei CDU und FDP Zustimmung. So sprechen sich diese beiden Parteien beispielsweise klar gegen ein verpflichtendes Kontrollbarometer aus, wollen das Vergabegesetz NRW abschaffen, keine Gebühren auf Regelkontrollen einführen und damit eine weitere Belastung des Gastgewerbes vermeiden. Lediglich bei der Allergen-

kennzeichnung weicht die CDU von der Branchenforderung ab, dass eine mündliche Information ausreichend sei.

Sowohl SPD als auch Grüne und Linke bleiben mehrheitlich bei den von ihnen geplanten oder bereits eingeführten Maßnahmen und Gesetzen, die in der Branche auf wenig Begeisterung stoßen. Einig sind sich alle Parteien allerdings darin, dass der sich in NRW gut entwickelnde Tourismus weiter gefördert werden muss und schlafende Potenziale geweckt werden sollten.

Arbeitszeit: Flexibler sein

Die Frage:

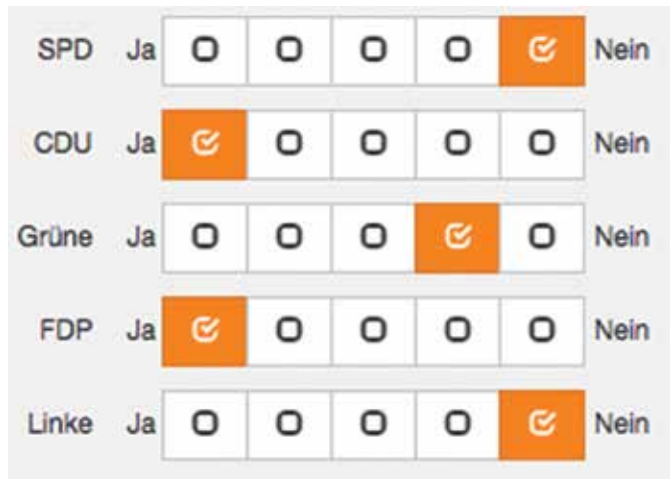
Unterstützen Sie Gastronomie und Hotellerie bei ihrer Forderung, das Arbeitszeitgesetz von 1994 an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen und von einer Tageshöchst Arbeitszeit auf eine Wochenhöchst Arbeitszeit gemäß EU-Arbeitszeitrichtlinie bei gleichzeitigem Beibehalt der Gesamtarbeitszeit umzustellen, um auch Arbeitnehmerinteressen nach Flexibilität und Nebenbeschäftigung nachzukommen?



Gebühren auf Regelkontrollen

Die Frage:

Sind Sie mit uns der Meinung, dass Regelkontrollen bei der Lebensmittelüberwachung zur Daseinsvorsorge gehören und deshalb keine Gebühren anfallen sollen? Wäre es nicht fairer, das bisherige System beizubehalten, dass nämlich nur die basierend auf festgestellten Mängeln notwendig gewordenen Nachprüfungen kostenpflichtig sind?



Vergabegesetz NRW: abschaffen

Die Frage:

Ginge es nach uns, könnte man das Vergabegesetz ersatzlos streichen, zumindest die freie Vergabegrenze auf „unbürokratische“ 20.000 Euro erhöhen. Ginge es nach Ihnen, würden Sie auch so entscheiden?



Mensch. Kultur. Kneipe.

Die Frage:

Finden Sie nicht auch, dass es mit den Belastungen für gastronomische Betriebe und dort vor allen Dingen für Kneipen langsam genug ist? Nach dem Rauchverbot soll künftig die Anzahl von Geldspielautomaten reduziert werden, während im Internet Glücksspiel unkontrolliert und unendlich ist.



Bettensteuer: ersatzlos streichen

Die Frage:

Sind Sie mit uns der Meinung, dass die Genehmigungen für die Bettensteuern gar nicht hätten erteilt werden dürfen und deshalb zurückgenommen werden müssen und keine neuen Satzungen mehr genehmigt werden dürfen?



Allergenkennzeichnung: mündlich reicht

Die Frage:

Allergenspeisekarten werden in der Praxis fast nicht nachgefragt, der Aufwand zur Erstellung, gerade bei wechselnden Angeboten in der Gastronomie, ist erheblich. Allergiker fragen vorsichtshalber immer nach. Wäre es da nicht praxisnäher und fairer, wenn eine mündliche „Auszeichnung“ ausreichend wäre?



Kontrollbarometer: nicht einführen

Die Frage:

Die Praxis der Lebensmittelkontrolle zeigt, dass der Hygiene-Standard in der nordrhein-westfälischen Gastronomie sehr hoch ist. Lebensmittel-Skandale tauchten in der Vergangenheit in der Industrie auf, aber nicht in Restaurants und anderen Gaststätten. Wäre es deshalb nicht fair, um die Existenzgefährdung auch nur eines einzelnen Betriebes durch eine verpflichtende Veröffentlichung der Kontrollergebnisse zu verhindern, es bei einer freiwilligen Lösung zu belassen?



Tourismus: wichtig(er) nehmen

Die Frage:

Der Tourismus in Nordrhein-Westfalen entwickelt sich positiv, aber leider nicht so gut wie in anderen Bundesländern. „Schlafende“ Potenziale werden nicht ausreichend „geweckt“. Sind Sie wie wir der Auffassung, dass die Rahmenbedingungen im Tourismus weiter verbessert werden müssen, damit sich die positive Entwicklung des Tourismus mit seinem wichtigsten Spieler, dem Gastgewerbe, weiter, stärker und schneller fortsetzt?



DAS SAGEN ABGEORDNETE, MANDATSTRÄGER UND KANDIDATEN ZU DEN FORDERUNGEN DER BRANCHE (AUSGEWÄHLTE ZITATE AUS DEN ANTWORTEN)

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin, SPD:

Kontrollbarometer: „(...) Wir halten dies für einen fairen und praktikablen Ansatz, um die Betriebe nicht durch eine kurzfristige verpflichtende Veröffentlichung zu gefährden. In dieser dreijährigen Phase haben die Betriebe, deren Hygienemanagement nicht optimal ist, genügend Zeit, entsprechende Maßnahmen und Vorkehrungen zu treffen.“

Tourismus fördern: „(...) Wir wollen den Tourismus in NRW weiter stärken: Unser Ziel ist, unsere schöne und vielfältige Heimat für die Naherholung der Menschen in NRW ebenso wie für Gäste aus dem In- und Ausland noch attraktiver zu machen. Dafür sollen sozial und ökologisch nachhaltige Formen des Tourismus mit starker regionaler Verankerung besondere Unterstützung durch ein Maßnahmenpaket erhalten.“



Rainer Schmeltzer, Minister für Arbeit, Integration und Soziales, SPD:

Arbeitszeitgesetz: „Das Arbeitszeitgesetz bietet schon jetzt Möglichkeiten der Flexibilität. Höchstarbeitszeit und Ruhezeiten dienen der Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“

Belastung für Kneipen: „Gerade der Suchtprävention, dem Jugendschutz und der Kriminalitätsbekämpfung fühlen wir uns besonders verpflichtet. Gaststätten wird das Aufstellen von drei, ab 12/19 von zwei Spielgeräten ermöglicht. Weitere Reduktionen sind nicht geplant.“



Michael Hübner, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, SPD:

Gebühren für Regelkontrollen: „Aufgabe der amtlichen Lebensmittelüberwachung ist es, Verbraucherinnen und Verbraucher vor gesundheitlichen Gefahren durch Lebensmittel zu schützen. Wir sind der Überzeugung, dass die Ausführung dieser wichtigen Aufgabe nicht von der Kassenlage der Kommunen abhängen darf. Deshalb hat es die Landesregierung auf Forderung der SPD-Landtagsfraktion und auch des NRW-Rechnungshofes den Kommunen ermöglicht, für Lebensmittelkontrollen Gebühren zu erheben...“



Jasper Prigge, Linke:

Arbeitszeitgesetz: „Nach der EU-Arbeitszeitrichtlinie liegt die Wochenhöchstarbeitszeit bei 48 Stunden. Bei einem Wegfall der Tageshöchstarbeitszeit wäre es möglich, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis zu 13 Stunden am Tag arbeiten zu lassen, und dies mehrere Tage hintereinander, da gemäß der Richtlinie lediglich eine Mindestruhezeit von 11 Stunden pro Tag vorgeschrieben ist. Das wäre nicht nur massiv gesundheitsgefährdend für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch zerstörerisch für jedes soziale Leben.“

Armin Laschet, Fraktionsvorsitzender, CDU:

Gebühren für Regelkontrollen: „Für uns ist klar: Die Kontrolle der Lebensmittel gehört zur Daseinsvorsorge. Die Erhebung neuer Gebühren für Regelkontrollen im Rahmen der neuen EU-Kontrollverordnung lehnen wir ab.“

Kontrollbarometer: „Wir setzen uns in allen Bereichen für einen Abbau unnötiger Bürokratie ein. Die rot-grüne Hygiene-Ampel ist dafür ein Musterbeispiel und wird abgeschafft.“

Tourismus fördern: „Wir werden die Branche von unnötiger Bürokratie befreien und finanzielle Belastungen wie die Bettensteuer rückgängig machen.“



Rainer Deppe, Fraktionssprecher im Arbeitskreis Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, CDU:

Belastung für Kneipen: „Ja, die gastronomischen Betriebe sollten nicht stärker belastet werden. Die CDU Nordrhein-Westfalen hat sich bereits in der Vergangenheit beispielsweise dafür eingesetzt, dass das Rauchverbot in Gaststätten nicht noch mal verschärft wird – wenn auch leider erfolglos.“

Vergabegesetz NRW: „Die CDU Nordrhein-Westfalen tritt dafür ein, das Tariftreue- und Vergabegesetz komplett abzuschaffen (...). Es handelt sich um ein Bürokratiemonster, das insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen überproportional belastet.“



Hendrik Wüst, Fraktionssprecher für den Arbeitskreis Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk, CDU:

Arbeitszeitgesetz: „Grundsätzlich setzen wir uns für einen Ausbau von flexiblen Arbeitszeitmodellen ein.“

Kontrollbarometer: „(...) Die CDU Nordrhein-Westfalen spricht sich gegen die Einführung der sogenannten „Hygiene-Ampel“ aus, da diese anhand von undurchsichtigen Kriterien mit einer vollkommen falschen und willkürlich erscheinenden Prioritätensetzung zu keiner ausgewogenen Bewertung kommt. Dies führt letztlich nicht zu einer verbesserten Situation für den Verbraucher, sondern gefährdet die Unternehmer.“



Albert Borchardt, Linke:

Allergenkennzeichnung: „Aufgrund der möglichen Gesundheitsgefährdungen ist eine schriftliche Auszeichnung zwingend. Nicht immer ist es möglich, eine umfassende mündliche „Auszeichnung“ zu erhalten.“

Tourismus fördern: „Rahmenbedingungen dürfen nicht zu Aufweichungen in ökologischen und sozialen Standards führen, um so vermeintlich ‚schlafende‘ Potenziale zu nutzen.“

**Christian Lindner,
Fraktionsvorsitzender, FDP:**

Arbeitszeitgesetz: „Eine starre tägliche Höchstarbeitszeit wird den Anforderungen einer flexiblen Arbeitswelt und den Wünschen vieler Beschäftigter nicht mehr gerecht. Gerade in der Gastronomie ist mehr Flexibilität insbesondere bei Zeitüberschreitungen laufender Veranstaltungen sowie für Mitarbeiter in einer Nebenbeschäftigung erforderlich.“

Bettensteuer: „Die FDP spricht sich gegen eine Steuer auf Übernachtungen aus – unabhängig davon, ob eine Hotelübernachtung einen privaten oder geschäftlichen Anlass hat.“



**Joachim Stamp,
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, FDP:**

Kontrollbarometer: „Die verpflichtende rot-grüne Hygiene-Ampel ist Verbrauchertäuschung. Sie stellt Gastwirte an den Pranger und gaukelt Transparenz lediglich vor.“

Tourismusförderung: „Die Freien Demokraten wollen Tourismus und Gastgewerbe in Nordrhein-Westfalen stärken. Das trägt dazu bei, die Arbeitsplätze im Mittelstand zu sichern und zukunftsfest zu machen. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen für Tourismus und Gastgewerbe besser werden: weniger Bürokratie, weniger staatliche Vorgaben sowie eine Entlastung von zu hohen Steuern und Abgaben.“



**Ralph Bombis, Sprecher für
Mittelstand und Handwerk, FDP:**

Gebühren für Regelkontrollen: „Aus meiner Sicht stellt die amtliche Lebensmittelüberwachung (...) eine ordnungsbehördliche Tätigkeit im öffentlichen Interesse und damit einen Bestandteil der staatlichen Daseinsvorsorge dar.“

Belastung für Kneipen: „Bereits das Rauchverbot hat Kneipen, Cafés und Restaurants in ihrer Existenz bedroht und dem Bürger seine Entscheidungsfreiheit genommen. Es ist Zeit, dass die Belastungen für gastronomische Betriebe endlich reduziert werden.“



**Birgit Beisheim, Mitglied im Ausschuss für
Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand
und Handwerk, Grüne:**

Arbeitszeitgesetz: „Die Forderung des DEHOGA, die Tageshöchstarbeitszeit abzuschaffen, unterstützen wir im Kern nicht. Das Arbeitszeitgesetz dient dem Schutz der Arbeitnehmer*innen. (...) Für enge Ausnahmesituationen lässt das Arbeitszeitgesetz auch die Überschreitung der Höchstarbeitszeit von 10 Stunden zu. Dennoch sind auch die Grünen daran interessiert, Arbeitszeiten insbesondere im Interesse der Arbeitnehmer*innen flexibel zu gestalten.“



**Peter Knitsch, Staatssekretär im
Verbraucherschutzministerium, Grüne:**

Bettensteuern: „Die Kommunen stellen die Infrastruktur zur Verfügung, es ist nachvollziehbar, wenn diese auch von den Besuchern einer Kommune zum Teil mitfinanziert wird.“

Kontrollbarometer: „Die Veröffentlichung führt zu mehr Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher und schützt im Übrigen gerade auch die Mehrzahl der gut wirtschaftenden Betriebe vor den wenigen schwarzen Schafen. Diese Transparenz wird zudem zunehmend auch internationaler Standard!“



Matthi Bolte, Mitglied der Enquetekommission - Zukunft von Handwerk und Mittelstand in NRW gestalten, Grüne:

Gebühren für Regelkontrollen: „Die Gebühren sind mit in der Regel 77 Euro alle drei Jahre für die Betriebe verkräftbar. Auch in anderen Branchen, etwa im Umweltbereich, sind Gebühren für Kontrollen nicht ungewöhnlich.“

Tourismus fördern: „Ein besonderer Schwerpunkt liegt für uns in der Entwicklung von Angeboten des nachhaltigen und sanften Tourismus, der das unmittelbare Naturerlebnis in den Mittelpunkt stellt.“



Lieber an der
Rezeption ...
... als am Schreibtisch!

Lieber am
Herd ...
... als am Schreibtisch

Lieber hinterm
Tresen ...
... als am Schreibtisch!

WAHLJAHR 2017: ES GEHT UM VIEL FÜR DAS GASTGEWERBE

Landtagswahl in NRW am 14. Mai, Bundestagswahl am 24. September: Der Landesverbandstag des DEHOGA NRW stand ganz im Zeichen der Politik. Das ist auch wichtig, denn mit den beiden Wahlen werden wichtige Weichen für die Branche gestellt. Appell von Präsident Bernd Niemeier: „Gehen Sie zur Wahl, denn noch ist alles möglich.“



Fotos: Andreas Türk

CDU-Spitzenkandidat Armin Laschet (z.v.l.) will sich für einen Wandel in der Politik einsetzen, so auch beim Arbeitszeitgesetz. Präsident Bernd Niemeier (l.) und Hauptgeschäftsführer Klaus Hübenthal hörten das gerne.

Vor dem Kreuz auf dem Wahlzettel sollten sich, so Bernd Niemeier, die Kolleginnen und Kollegen aber ein genaues Bild davon machen, wofür die jeweiligen Parteien und Kandidaten stehen. Dafür hat der DEHOGA NRW den Wahlcheck gemacht (siehe ab Seite IV), dafür waren aber auch Spitzenvertreter der Parteien zum Verbandstag eingeladen, um die Forderungen der Bran-

Gästen bezeichnete Niemeier das Gastgewerbe als „einen der stärksten Arbeitgeber in NRW und Visitenkarte des Landes“. Um diese Rolle auch weiterhin spielen zu können, benötige man verbesserte Rahmenbedingungen und dürfe nicht länger das Experimentierfeld der Politik sein. „Wir brauchen keine Polit-Nannys, die den Glauben an die Bürger verloren haben“, so der Präsident. „Wir brauchen Freiheit für den Unternehmer und Anerkennung für die Branche.“

Niemeier führte für die Gängelung durch die rot-grüne Landesregierung das Rauchverbot und das Kontrollbarometer an, sprach vom Unsinn der Gebühren für Regelkontrollen und den Bettensteuern. Niemeier forderte einen Wandel in der Politik: „Von einer neuen Regierung erwarte ich eine neue Politik mit weniger Bürokratie für mehr Wach-

tum.“ Das Gastgewerbe wolle nicht in den Schwitzkasten der Bürokratie genommen werden und an Formularen und Formalia ersticken.

Entfesselungsgesetz

Als einer der Hoffnungsträger für diesen Politik-Wandel präsentierte sich den Delegierten und Gästen im voll besetzten Saal der Bundesvorsitzende der FDP und gleichzeitige Spitzenkandidat in NRW, Christian Lindner. Trotz guter Bedingungen finde in NRW kein Wachstum statt, versinke das Land in der Unterdurchschnittlichkeit. Immer mehr und neue Gesetze gängelten die Wirtschaft. „Und fällt weder denen in Berlin noch denen in Brüssel etwas ein, dann hat bestimmt Herr Rammel eine Idee“, meinte er sarkastisch in Anspielung auf das Kontrollbarometer des NRW-Verbraucherschutzministers. Man müsse „die Menschen machen lassen“, denn das Land könne Großartiges

» WIR BRAUCHEN KEINE POLIT-NANNYS. «

Präsident Bernd Niemeier

che aufzunehmen, aber auch um ihre Positionen zu vertreten.

In seiner Rede vor rund 100 Gastronomen, Hoteliers, Medienvertretern und anderen



Michael Hübner, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD, erklärte den Delegierten die Politik seiner Partei - und stieß damit nicht immer auf Zustimmung.



Will die Wirtschaft nach vorne bringen: der FDP-Vorsitzende Christian Lindner

leisten, so Lindner. Deshalb versprach er, so seine Partei in die Verantwortung komme, ein „Entfesselungsgesetz“, bei dem Gesetze maximal 1:1 umgesetzt werden dürften. „Der Rammel-Krempel muss weg“, so Lindner. Auch beim Nichtraucher-Schutz sprach er sich für eine Liberalisierung aus, denn „in einer liberalen Gesellschaft muss es auch für eine Nische Raum zur Entfaltung geben.“

Lindner versprach darüber hinaus Investitionen in die Bildung und mehr Wirtschaftskompetenz für Schüler. Bei der Verkehrsinfrastruktur müsse mehr investiert werden, „damit wir wieder in Bewegung kommen“. Auf Nachfrage betonte Lindner, dass es mit ihm keine Zusammenarbeit mit SPD und Grünen geben werde. Er sehe die FDP als Gestaltungspartei und in einer Koalition mit den jetzigen Regierungsparteien keine Möglichkeit, das Land zu entfesseln. Die Delegierten feierten diese Aussagen mit lang anhaltendem Applaus.

Mentalitätswechsel

„Vorfahrt für Mittelstand, Wirtschaft und Wachstum“ hatte der Spitzenkandidat der CDU, Armin Laschet, seinen Vortrag überschrieben. Ihm geht es vor allen Dingen um einen „Mentalitätswechsel“ in der



Arbeitsminister Rainer Schmelzter (M.) erläuterte den Delegierten seine Sicht der Dinge, im Detail noch einmal Präsident Bernd Niemeier (r.) und Hauptgeschäftsführer Klaus Hübenthal.

NRW-Politik. Der Staat müsse die Sicherheit der Bürger herstellen, dürfe aber nicht überregulieren. „Manche Ziele sind gut gemeint, aber nicht gut umgesetzt und praktikabel“, sagte er. So sei die Lebensmittelüberwachung an sich notwendig und gut. Ihre Ergebnisse müsse man deshalb trotzdem nicht verpflichtend veröffentlichen. Deshalb gehöre das Kontroll-Transparenz-Gesetz abgeschafft. Und auch die Bettensteuern.

Laschet sieht die Politik vor der Herausforderung, Regelungen eher zu vereinfachen und abzuschaffen, als ständig neue Regelungen aufzubauen. „Da muss ein neuer Geist einziehen“, sagte er. Auch müsse das Land NRW seine Rolle in Berlin stärken, sich einbringen und Forderungen stellen. Und: „Innovativ vorne sein und nicht immer die schlimmsten Gesetze noch schlimmer machen.“

„NRW ist kein schlechtes Land“

Keine leichte Rolle bei den Delegierten hatte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Michael Hübner. Er unterstrich die Wachstumsdynamik des Landes und betonte, dass NRW kein schlechtes Land sei. Natürlich sehe er, so Hübner, dass die Gastronomen mit dem Kontrollbarometer Probleme hätten – nicht zuletzt,

weil er selbst früher mit seiner Frau ein Lokal in Gladbeck geführt hatte. „Wir haben uns bemüht, es so weich wie möglich zu machen“, sagte er, zum Beispiel durch das Nachkontrollrecht und die dreijährige freiwillige Einführungsphase. Er versprach eine spätere Evaluierung des Gesetzes, „und wenn sich herausstellt, dass es unpraktikabel ist, dann legen wir Hand an.“ Für die Bettensteuern sei im Übrigen, so Hübner, die Landespolitik nicht zuständig, weil es sich um eine kommunale Steuer handle. In seiner Heimatstadt Gladbeck habe er sich dagegen ausgesprochen. Allerdings betonte er auch, dass die SPD-geführte Landesregierung großen Wert darauf gelegt habe, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten.

Flexibilität reicht

Arbeitsminister Rainer Schmelzter, der zum nicht-öffentlichen Teil des Verbandstages nach Bochum gekommen war, machte den Unternehmerinnen und Unternehmern bei der Forderung nach einer Änderung des Arbeitszeitgesetzes keine Hoffnung. Das Gesetz biete jetzt schon Möglichkeiten der Flexibilität. „Höchstarbeitszeit und Ruhezeiten dienen der Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, so der Minister. Vielmehr



Foto: Petra Fiedler

Foto: Petra Fiedler

Gut ausbilden – und das auch nach außen zeigen: Das ist die Idee von „Ausbildung mit Qualität“. Beim Landesverbandstag des DEHOGA NRW zeichnete Arbeitsminister Rainer Schmetzler (M.) Betriebe aus, die mit der Qualität ihrer Ausbildung werben dürfen.

seien die Unternehmer gefordert, ihren Betrieb auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls umzustrukturieren. An seiner Seite weiß das Gastgewerbe den Minister allerdings beim Thema Ausbildung. Schmetzler betonte, dass man beide Ausbildungswege bräuchte: Die duale Aus-

bildung sei genauso wichtig wie eine akademische. Wegen der zunehmenden Akademisierung wolle er sich aber besonders für die Verbesserung des Images der dualen Ausbildung einsetzen. Mit der Kampagne „In drei Jahren Weltklasse“ habe er bereits ein deutliches Zeichen gesetzt. Sein

Appell richtete sich aber auch an die Unternehmerinnen und Unternehmer, in die Qualität der Ausbildung zu „investieren“. Im Übrigen sei er sich sicher und das decke sich mit seinen Erfahrungen, dass die Ausbildung im Gastgewerbe besser sei als mitunter dargestellt. **> Andreas Türk**

GERHARD-GÜNNEWIG-STIFTUNG: AUSGEZEICHNETER BRANCHENNACHWUCHS

Schon traditionell nutzte die Gerhard-Günnewig-Stiftung den Landesverbandstag des DEHOGA NRW für eine Auszeichnung. Der mit 1000 Euro dotierte Förderpreis für den Branchennachwuchs ging an Vivian Mehler (M.) von Hotel Fire&Ice in Neuss. Die Abiturientin macht dort eine Ausbildung zur Hotelfachfrau und will das Preisgeld in ihre Weiterbildung und ein mögliches Studium investieren. Zur Auszeichnung gratulierten (v.l.) Dagmar Becker-Tewes von der Gerhard-Günnewig-Stiftung, Präsident Bernd Niemeier, Ausbilder Frank Thiel und DEHOGA-Präsident Guido Zöllick.



Foto: Andreas Türk

Wählen Sie!

Wir brauchen
Ihre Stimme!

Ihre Gastronomen und Hoteliers in Nordrhein-Westfalen



Weitere Infos unter:
www.dehoga-nrw.de

NRW-Wahl 2017

